



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap 04 04 werden die Mittel in Tit. 422 01 um 1,75 Mio. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 20 Stellen der BesGr. R 1 für Richterinnen und Richter und 30 Stellen der BesGr. R 1 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte neu ausgebracht.

Der Stellenplan wird entsprechend ergänzt.

Begründung:

Es braucht trotz der Stellenmehrungen in den letzten Jahren weiterhin eine Stärkung der Personaldecke auf der Ebene der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, um die Personalsituation in der Justiz zu verbessern. Nach aktuellen Personalbedarfsberechnungen betrug zum 3. Quartal 2020 die Belastung der Richterinnen und Richter bayernweit im Durchschnitt ca. 110 Prozent, die der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte 127 Prozent. Insbesondere im Bereich der Staatsanwaltschaften ist die Personalsituation weiter angespannt. Zudem hat der Freistaat noch nicht das zwischen Bund und Ländern im Pakt für den Rechtsstaat vereinbarte Ziel der Neueinstellungen von zusätzlichen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten erfüllt. Die hier geforderten neuen Stellen sind eine sinnvolle Investition in die Rechtsstaatlichkeit Bayerns.